

## Sprüche des Tages

«Das war jetzt nicht so abgesprochen.»

Ratspräsidentin **Michèle Blöchliger** eröffnete die Sitzung mit dem Geständnis, dass der November ihr ungeliebtester Monat sei. Sie begründete dies unter anderem mit dem dauernden dicken Nebel – worauf aus den Ratsreihen Gelächter kam, weil just gestern Morgen die Sonne am blauen Himmel schien. Offenbar stimmte was mit der Leitung der höchsten Nidwaldnerin zu Petrus nicht.

«Das Budget eignet sich gut für nebulöse Aussagen, um dann doch dafür zu sein.»

Der Hergiswiler FDP-Landrat **Ruedi Waser** nahm das Bild auf und reagierte auf Redner, die sich kritisch zu Details äussernten, aber auf Anträge verzichteten. Das wurde gestern sogar zum geflügelten Wort: Der eine oder andere Redner schloss mit: «Ich stelle aber keinen Antrag.»

«An gewissen Orten, wo <geradart> wird, gab es noch nie einen Unfall, seit es Autos gibt.»

Der Wolfenschiesser FDP-Landrat **Sepp Durrer** hatte ein schlagkräftiges Argument für die Kürzung der Bussengelder im Budget.

«Als alt Präsident der BKV würde ich gerne von Regierungsrat Hans Reinhard zur Vernissage eingeladen werden.»

Der Stanser CVP-Landrat **Hans-Peter Zimmermann** wunderte sich, dass ein Buch über Kunstdenkmäler geplant ist, wollte aber doch einen Vorteil daraus ziehen und verriet dabei, dass Reinhard offenbar 2018 Regierungsrat wird. (BKV ist die Abkürzung für die Landratskommission Bildung, Kultur und Volkswirtschaft.)

«Ich war nie in der Feuerwehr, aber ich habe dafür Ersatzabgabe bezahlt.»

FDP-Fraktionschef **Sepp Durrer** (Wolfenschiessen) outete sich im Votum zum Brandschutz- und Feuerwehrgesetz, nachdem seine Vorredner von SVP und CVP ihre langjährigen Feuerwehrkarrieren herausgestrichen hatten.

«Ich habe mir überlegt, ob ich auch noch etwas sagen soll: Ich bin 62,5 Jahre geschützt worden von der Feuerwehr.»

**Leo Amstutz** (Grüne, Beckenried) nach kurzem Zögern zu Beginn seines Votums.

# Weniger Bussen vergrössern Defizit

**Nidwalden** Der Landrat freute sich gestern über bald bessere Finanzaussichten, übte am Budget aber einige Detailkritik.

**Markus von Rotz**  
markus.vonrotz@nidwaldnerzeitung.ch

16,9 Millionen Franken im Minus würde die Rechnung 2018 des Kantons Nidwalden abschliessen. Doch dank der Auflösung von Reserven könnte der Fehlbetrag im Budget, wie von der Regierung vorgeschlagen, auf 2,4 Millionen reduziert werden. Seit gestern sind es nun aber 2,9 Millionen Franken: Als einzige Änderung am Budget brachte der Landrat auf Antrag von Philippe Banz (FDP, Hergiswil) bei den zu erwartenden Ordnungsbussen eine Korrektur an: Mit 29 zu 27 Stimmen beschloss das Parlament, diesen Posten von 4,7 auf 4,2 Millionen zu kürzen.

Während die einen meinten, man solle der Polizei die Verantwortung dafür übertragen, sprachen andere von «reiner Schikaniererei» der Polizei für die Autofahrer. Justizdirektorin Karin Kayser erklärte, der Posten sei in den vergangenen Jahren immer etwa gleich hoch gewesen, dieses und nächstes Jahr aber habe man im Kanton viele Baustellen, was die Zahl der Risikostellen erhöhe. «Und Kontrollen werden immer bei einem Sicherheitsrisiko gemacht», betonte sie.

Allgemein kam das Budget trotz Fehlbetrag gut an. Die Landräte waren mit Finanzdirektor Alfred Bossard zuversichtlich, der eingangs gesagt hatte, man könne ab 2020 ein praktisch ausgeglichenes Ergebnis erwarten. Er führte das auf die Steuerreform 17 (ehemals Unternehmenssteuerreform) und die ein-

«Das Ergebnis wäre alarmierend, wenn nicht die Trendwende ab 2020 sichtbar würde.»



**Erich von Holzen**  
FDP, Ennetbürgen

geleitete Reform beim nationalen Finanzausgleich zurück. Viktor Baumgartner (CVP, Beckenried) gab allerdings als Präsident der Finanzkommission zu bedenken, dass das nur dann eintreffe, wenn das Stimmvolk die Steuerreform dereinst auch annehme. Ferner wies er darauf hin, dass in den nächsten Jahren rekordhohe Investitionen von über 40 Millionen Franken anstünden. Das Ergebnis des Budgets nannte er denn auch «nicht optimal».

**Nein zu mehr Geld für Prämienverbilligung**

Derweil wunderte sich Conrad Wagner (Grüne, Stans), warum der Kanton, der vor Jahren finanziell «am Abgrund gestanden»

sei, nun urplötzlich wieder investieren, Kreisel bauen und Kantonsstrassen sanieren könne. Er führte es unter anderem auf die hohe Einsparung bei der Ausschüttung von Prämienverbilligungen zurück. Der Kanton habe sich so stark zurückgezogen, «dass praktisch nur mehr der Bundesanteil ausbezahlt wird». Fraktionskollegin Regula Wyss (Stans) nahm den Ball auf und verlangte 16 statt 15 Millionen für Prämienverbilligungen. Die Regierung habe seinerzeit bei der Abstimmung über die Kürzung der Beiträge versprochen, bei der Obergrenze von Selbstbehalt und Reinvermögen «nur notfalls an die oberste Grenze» zu gehen, in zwischen habe man diese aber bereits erreicht. Dank dieser Ersparnis müsse der Kanton die Steuern nicht erhöhen. Der Antrag Wyss' für mehr Geld hatte mit 41 zu 14 Stimmen keine Chance.

Nicht ganz ohne Widerspruch, aber ohne Gegenantrag wurde die Aufstockung der Stellen vor allem bei der Kesb (Ausgabe vom Dienstag) gutgeheissen. Die Aufsichtskommission erhielt den Auftrag, fürs nächste Budget zu untersuchen, warum der Kanton jedes Jahr eine halbe Million Franken für Möbel und Bürogeräte brauche, das seien ja 940 Franken pro Angestellten und Jahr. Und an die Baudirektion ging der Appell, Neubauten besser zu überwachen, dass nicht laufend teure Sanierungen wie beim Waffenplatz oder dem Gebäude der Kantonalbank anfielen. Das Budget wurde am Ende mit 54 zu 0 Stimmen genehmigt.

## Regierungsräte müssen Honorare definitiv abgeben

**Nidwalden** Honorare aus Verwaltungsratssitzen fließen ganz in die Staatskasse. Gegenanträge fanden im Landrat keine Mehrheit.

Zu Beginn der zweiten Lesung des Entschädigungsgesetzes erinnerte Finanzdirektor Alfred Bossard noch einmal daran, dass die Regierung nicht mehr Lohn wolle, aber auch keine Einbusse. Und als solche erachtete er das Nein zur Auszahlung von 20 Prozent der Honorare aus der Tätigkeit in Verwaltungsräten. Den Entscheid hatte der Landrat in der ersten Lesung gefällt. Behalten dürfen sollen die Regierungsräte hingegen die Spesen aus den Verwaltungsratssitzungen.

Nicht gut angekommen ist beim Finanzdirektor eine Äusserung Jörg Genharts (SVP, Stans). Dieser hatte in einem Gratisantrag in den Raum gestellt, dass bei dieser Ausgangslage die Gefahr bestehe, dass das Verhältnis zwischen Spesen und Honoraren verändert werden könnte. «Nur schon die Idee, dass sich der Regierungsrat darüber Gedanken machen könnte, zeugt von einem grossen Misstrauen», sagte Bossard an die Adresse Genharts. «Das ist nicht nachvollziehbar und hat mich enttäuscht.» Der Angesprochene erwiderte, es habe Fälle gegeben, in denen das so gemacht worden sei.

**Keine Erhöhung des Grundlohns**

Die FDP-Fraktion wollte den Entscheid der ersten Lesung korrigieren und setzte sich dafür ein, zur Kompensation des Ausfalls der Honorare den Grundlohn der Regierungsräte zu erhöhen. Dieser bewegt sich heute zwischen 89 und 96 Prozent des höchsten Lohnbandes der kantonalen Verwaltung. Stefan Bosshard (FDP, Oberdorf) forderte eine Erhöhung auf 91 bis 98 Prozent. Er betonte, dass trotz Sparrunden auch

beim Personal der Lohn nicht gekürzt worden sei.

Jörg Genhart argumentierte, die Mehrheit des Parlaments finde, dass Verwaltungsratsgehälter der Regierung vollumfänglich in die Staatskasse gehörten. «Wir teilen Gelder nicht mehr zu, die man nie hätte erhalten dürfen», befand er. «Ich sehe keinen Grund, warum man jetzt mit der Giesskanne die Entschädigung erhöhen sollte.» Therese Rotzer (CVP, Ennetbürgen) sagte, das Gehalt der Regierung sei im Vergleich mit anderen Kantonen angemessen. Es brauche keine Lohnerhöhung. «Angesichts der Sparrunden würde das Volk dies nicht verstehen.» Die Grüne/SP-Fraktion war ebenfalls gegen den Antrag. Der Rat lehnte ihn denn auch mit 40 zu 16 Stimmen ab.

**Nicht zweimal für gleiche Arbeit bezahlen**

Daraufhin stellte Stefan Bosshard einen weiteren Antrag, mit dem er die ursprüngliche Gesetzesversion der Regierung wieder herstellen wollte. Nach dieser sollten, wie eingangs erwähnt, die Regierungsräte 20 Prozent ihrer Verwaltungshonorare erhalten, während der Rest in die Staatskasse fließen soll. Jörg Genhart warf dazu ein, dass die Regierungsräte diese Mandate während ihrer Arbeitszeit wahrnehmen. «Ich sehe nicht ein, warum man für eine Arbeit zweimal bezahlt werden soll.» Mit 33 zu 24 Stimmen lehnte der Rat auch diesen Antrag ab.

In der Schlussabstimmung passierte das Gesetz die zweite Lesung mit 42 zu 15 Stimmen.

**Martin Uebelhart**  
martin.uebelhart@nidwaldnerzeitung.ch

## Landrat wählt auch künftig den NSV-Verwaltungsrat

**Parlament** Das Gesetz über die Nidwaldner Sachversicherung (NSV) und das Brandschutz- und Feuerwehrgesetz gaben gestern in der ersten Lesung ausführlich zu reden. Beim Sachversicherungsgesetz änderte das Parlament einzelne Artikel.

Wer soll den Verwaltungsrat der Nidwaldner Sachversicherung wählen? Eine Minderheit der Kommission für Staatspolitik, Justiz und Sicherheit (SJS) beantragte, dass dies weiterhin der Landrat tun soll. Die Kommissionsmehrheit wollte den Regierungsrat als Wahlgremium sehen. «Das ist eine typische Aufgabe für die Aufsichtsinstanz», sagte Kommissionspräsident Leo Amstutz (Grüne, Beckenried). Auch die CVP war mehrheitlich dieser Meinung. Das Ziel der Regierung war unter anderem, die Wahl des Verwaltungsrats zu entpolitisieren. «Der Landrat hat bis jetzt gute Leute gewählt», befand Christoph Keller (SVP, Hergiswil) und wollte an der Wahl durch den Landrat festhalten. Peter Wyss (SVP, Stans) warnte davor, etwas zu ändern, wo es keinen Notstand gebe. Mit 31 zu 23 Stimmen hielt der Landrat schliesslich an seiner Wahlkompetenz fest.

Gleich vier verschiedene Anträge wurden gestellt, als es um die Frage der Grösse und Zusammensetzung des NSV-Verwaltungsrats ging. Die einen wollten maximal zwei Landräte in dem Gremium sehen, andere mindestens drei. Justiz- und Sicherheits-



Blick in den Nidwaldner Landratssaal.

Bild: Corinne Glanzmann (Stans, 24. Mai 2016)

direktorin Karin Kayser hielt fest, dass Fachkenntnisse immer zentraler würden. Das Parlament beschloss schliesslich, dass der Verwaltungsrat ein Fachgremium aus sieben Personen sein soll. Auf eine genaue Festlegung der Zusammensetzung verzichtete es.

Während das Monopol der NSV im Bereich der Gebäudeversicherung unbestritten war, forderte Ruedi Waser (FDP, Hergiswil), das Monopol und das Obligatorium beim Mobiliar zu kippen. Karin Kayser hielt fest, dass man in diesem Fall im Gesetz regeln müsste, ob die NSV mit dem Angebot in den Markt gehen dürfe. Karl Tschopp (FDP, Stans) warnte vor einer Hauruck-Übung. Zuerst müssten die genauen Konsequenzen für die NSV klar sein. Der Landrat hielt deutlich am Monopol fest und genehmigte das Sachversicherungsgesetz mit 46 zu 4 Stimmen.

**Kaminfeger muss keine Meisterprüfung haben**

Auch beim Brandschutz- und Feuerwehrgesetz gaben einige Punkte zu Diskussionen Anlass. Der Erlass will das heutige Kaminfegermonopol aufheben. Peter Scheuber (CVP, Ennetmoos)

beantragte, dass die Fachleute ein Meisterdiplom haben müssten und nicht nur wie im Gesetz vorgesehen ein Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ). Der Landrat sprach sich mit 42 zu 12 Stimmen dagegen aus. Es sollten keine zusätzlichen Hürden eingebaut werden. Die meisten Kantone würden ein EFZ vorschreiben.

Nein sagte der Rat auch zum Vorschlag Scheubers, den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, eine zusätzliche Feuerwehrabgabe aufgrund der Sachversicherungswerte einzuführen.

Abgelehnt haben die Landräte weiter einen Antrag von Urs Amstad (SVP, Beckenried). Er wollte einen Passus gestrichen haben, von dem er befürchtete, dass die Regierung Feuerwehren zu Zusammenarbeit oder Fusion zwingen könnte. Karin Kayser betonte, die Bestimmung käme dann zur Anwendung, wenn eine Gemeinde über längere Zeit die Feuerwehrbereitschaft nicht gewährleisten könne, aber nicht etwa aufgrund finanzieller Überlegungen. Der Landrat sagte mit 55 Stimmen Ja zum Gesetz.

**Martin Uebelhart**  
martin.uebelhart@nidwaldnerzeitung.ch